

**Rede zur Einbringung des Haushalts 2013
von Bürgermeister Bodo Klimpel am 08.11.2012**

Es gilt das gesprochene Wort!

Folie 1:

Liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute lege ich Ihnen den Entwurf des Haushalts
2013 und des Stellenplanes zur weiteren Beratung
vor.

Geprägt ist dieser Haushalt - so wie es auch alle
folgenden sein werden - durch den Stärkungspakt
Stadtfinanzen. In seiner Sitzung am 27. September
hat dieses Haus den Haushaltssanierungsplan
beschlossen.

Weder Sie, geehrte Ratsmitglieder, noch die
Verwaltung haben die darin enthaltenen
Konsolidierungsmaßnahmen ohne
Bauchschmerzen auf den Weg gebracht. Wissen
wir doch, was wir – bei allem immer noch
verbleibendem guten Standard in unserer Stadt –
unseren Bürgerinnen und Bürgern, den Kolleginnen
und Kollegen der Verwaltung und auch uns selbst
abverlangen.

Doch die Tatsache, dass dies der einzige Weg zur
Sanierung unserer Finanzen gemäß den strengen
Vorgaben des Stärkungspaktes Stadtfinanzen ist,
hat den einstimmigen Ratsbeschluss ermöglicht.
Für diesen Schulterschluss und die Übernahme von
gemeinsamer Verantwortung danke ich Ihnen recht
herzlich.

Ich freue mich, die Haushaltseinbringung einmal mit
einer guten Nachricht verbinden zu können. Ich
hoffe, ich erschrecke Sie damit nicht, denn gute
Nachrichten im Zusammenhang mit unseren
Finanzen sind Sie nicht gewohnt, und ich auch
nicht: Wir können die Überschuldung, deren Eintritt
wir für 2014 befürchtet hatten, aller Voraussicht
nach abwenden!

Werfen wir nun aber zunächst einen Blick auf das
Zahlenwerk 2013.

Folie 2:

Überschuldung wohl
abgewendet

Der für das Jahr 2013 zu erwartende Fehlbedarf ist erstmals seit langem nicht mehr zweistellig, er beträgt 9,6 Mio. €.

Die bilanzielle Überschuldung, ich erwähnte es bereits, kann aller Voraussicht nach vermieden werden.

Folie 3:

Grund für diese Senkung des Defizites ist die nicht mehr ganz so große Schere zwischen den Erträgen und den Aufwendungen. Im Haushaltsjahr 2013 erwarten wir Erträge i. H. von 77,4 Mio. €, denen aber immer noch höhere Aufwendungen in einer Größenordnung von 87 Mio. € gegenüber stehen. Wie gewohnt verzichte ich an dieser Stelle darauf, Ihnen die Erträge und Aufwendungen im Einzelnen vorzustellen.

Folie 4:

Wir gehen also für 2013 von einem Defizit in Höhe von 9,6 Mio. € aus.

Bei der Aufstellung des letztjährigen Haushaltes wurde ja auch der voraussichtliche Fehlbedarf für das Planungsjahr 2013 i. H. von noch 18,6 Mio. € ermittelt.

Der Fehlbedarf 2013 liegt also um runde 9 Mio. € unter dem in der Ergebnisplanung des Vorjahres für 2013 prognostizierten Betrag.

Diese enorme Verringerung verdanken wir einzig und allein dem Stärkungspakt Stadtfinanzen. Wir sind also, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei aller berechtigten Kritik an dem Sanierungspakt Stadtfinanzen, auf einem erfolgversprechenden Weg!

Lassen Sie mich nun kurz die wesentlichen Verschlechterungen und Verbesserungen aufführen, die zur Abweichung von der letztjährigen Prognose geführt haben. Wobei erfreulicherweise die Verbesserungen immens überwiegen!

Die größte Verbesserung in Höhe von 5,2 Mio. € wird durch die Erhöhung der Realsteuern erzielt. Weitere im Rahmen des Sanierungsplanes entwickelten Konsolidierungsmaßnahmen bringen 1,4 Mio. €.

Bei den Personalaufwendungen werden bereits ab dem nächsten Haushaltsjahr 800.000 € eingespart.

Defizit 2013 9,6 Mio. €

Erträge 2013 77,4 Mio. €

Aufwendungen 2013 87 Mio. €

1,3 Mio. € beträgt die Konsolidierungshilfe, die wir im Rahmen des Stärkungspaktes erhalten. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erhöht sich um 100.000 €, unser Anteil an der Kreisumlage sinkt gottseidank um 400.000 €. An Schlüsselzuweisungen bekommen wir 200.000 € mehr. Die demgegenüber stehenden Verschlechterungen in Höhe von rund einer Million € schlüsseln sich auf in ca. 700.000 € durch den Wegfall der Einrechnung von Grundstückserlösen aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen, die wir im Rahmen unserer Bilanzierung zu beachten haben, in rund 100.000 € gestiegene Kosten für Heizungsenergie, Wasser und Strom und in ca. 200.000 € höhere Aufwendungen für Asylbewerberleistungen.

Folie 5:

In diesem Jahr planen wir wesentliche Investitionen in Höhe von knapp 5,6 Mio. €.

Wie immer entfällt der größte Betrag mit 2,1 Mio. auf Straßenbaumaßnahmen, insbesondere für den Ausbau von Straßen in den Baugebieten Elterbreischlag und Im Grünen Winkel, der Straße „Im Mühlbachtal“, für die Umgestaltung Hullerner Str./Lippspieker und den Ausbau der Grabenstiege und der Standallee.

Für 800.000 € führen wir Hochbaumaßnahmen durch, unter anderem sind hier die Errichtung einer Lärmschutzwand im Baugebiet „Im Grünen Winkel“ und die Neuerrichtung von Asylbewerberunterkünften zu nennen. Für die Errichtung von Bushaltestellen in Lippramsdorf-Mitte, Uphusen, Haltern-Mitte und Lünzum sind 300.000 € eingeplant.

200.000 € sind für Maßnahmen nach dem Freizeitkonzept, insbesondere für die neue Beschilderung der Radwege und die Entwicklung der Stadtmühlenbucht, bestimmt.

Als sonstige Baumaßnahmen schlagen Ausgleichsmaßnahmen gem. BauGB und die Erstattung von Erschließungskosten an den Erschließungsträger mit 500.000 € zu Buche.

Der Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens wird 1,1 Mio. € in Anspruch

5,6 Mio. € wesentl. Investitionen

nehmen. Beispielsweise wird für die Feuerwehr digitale Funktechnik und ein Mannschaftstransportfahrzeug für den Löschzug Lavesum, für den Baubetriebshof ein Transporter und für den Schulbereich Schulmöbel und EDV-Ausstattung erworben.

Schließlich benötigen wir für den Erwerb von Grundstücken vor allem für vorausschauende Bodenpolitik, die Beseitigung von Bahnübergängen und für gewerbliche Entwicklung 600.000 €. Hier geht es um die Entwicklung von Gewerbeflächen an der Münsterstraße, von Wohnbauflächen auf der Grundlage des neuen Flächennutzungsplanes und um den Ankauf von Grundstücken zur Verlegung der Wege im Zusammenhang mit der Maßnahme „Der See schlägt Wellen“.

Folie 6:

Der Personalaufwand im Haushalt 2013 beläuft sich auf insgesamt 22,5 Mio. €. In diesem Ansatz sind rund 355.000 € enthalten, die wir für das städtische Personal im hiesigen Jobcenter auszahlen, die aber an anderer Stelle im Haushalt als Personalkostenerstattung wieder vereinnahmt werden.

Für das Jahr 2013 wurde mit einer Besoldungsanhebung in Höhe von 2% geplant. Im Tarifbereich wurden die bereits feststehenden Erhöhungen von insgesamt 1,98 % eingeplant.

Trotz der einberechneten Besoldungs- und Vergütungsanhebungen kommt es unter dem Strich zu einer Reduzierung des Personalaufwandes im Vergleich zum Ansatz für 2012 um fast 290.000 €.

Die Maßnahmen aus dem Sanierungsplan sind bei der Aufstellung des Haushaltes natürlich auch beim Personalaufwand berücksichtigt worden. Dabei wurden alle im Sanierungsplan dargestellten Einsparungen beim Personalaufwand 1:1 im Haushaltsentwurf abgebildet.

Noch nicht dargestellt werden konnten aber mit den

Personalaufwand 2013
22,5 Mio. €

Einsparungen bzw. den Abgängen von Beschäftigten verbundene interne Verschiebungen bei der Produktzuordnung; hier stehen in vielen Bereichen noch Gespräche im Zusammenhang mit der Umsetzung des Sanierungsplanes aus.

Folie 7:

Vollzeitverrechnet werden im Stellenplan 2013 gegenüber dem Stellenplan 2012 bei den Beamten 4,41 und bei den Beschäftigten 2,89 Stellen – insgesamt somit 7,3 vollzeitverrechnete Stellen - abgebaut.

Bei diesen Werten ist aber zu beachten, dass viele der im Sanierungsplan für das Jahr 2013 ausgewiesenen Maßnahmen erst im Jahresverlauf greifen. Vor diesem Hintergrund wurden zwar die diesbezüglichen Einsparungen beim Personalaufwand im Haushaltsansatz 2013 einkalkuliert, die Veränderungen auf den Stellenplan können aber zumeist erst im Stellenplan 2014 verarbeitet werden.

Folie 8:

Hinsichtlich der Auswirkungen der Konsolidierungsmaßnahmen auf den Umfang und die Struktur des Personalkörpers ist damit der Sanierungsplan noch aussagekräftiger als der Stellenplan. Schon bis Ende 2013 sieht der Sanierungsplan den Abbau von 22,38 Vollzeitstellen vor. Bis Ende 2021 sind es in der Summe sogar fast 70 Stellen.

Diese Zahlen belegen, dass trotz des Augenmerks auf eine sozialverträgliche Ausgestaltung ein erheblicher Teil der Einsparungen im Personalsektor zeitnah schon in 2013 vorgesehen ist. Das heißt aber auch, dass die Folgen (wie bspw. die Reduzierung von Öffnungszeiten bei städtischen Einrichtungen wie der Stadtagentur oder der Stadtbücherei oder die Beendigung des Jeki-Projektes in der Musikschule) bereits schon im kommenden Jahr greifen!

Der dargestellte Personalabbau ist folglich – und

2013 Abbau von 7,3 vollzeitverrechneten Stellen

Bis Ende 2021 Abbau von 70 Vollzeitstellen geplant

darauf hatte ich bei der Aufstellung des Haushaltssanierungsplanes mehrfach hingewiesen - nicht ausschließlich ein internes Problem der Verwaltung, sondern dieser Abbau hat unmittelbare Konsequenzen auf die Leistungen der Stadt, die den Bürgerinnen und Bürgern nur noch eingeschränkt angeboten werden können.

Der Stellenplan sieht im Übrigen – den Zwängen der Haushaltssanierung geschuldet – nur in äußerst geringem Umfang Stellenanhebungen für Beförderungen und Höhergruppierungen vor. Es sind zwei Stellen im Beamtenbereich und vier Stellen bei den Tarifbeschäftigten für eine Anhebung vorgesehen.

Es handelt sich ausschließlich um Anhebungen auf der Sachbearbeiter-Ebene. Zwei der betroffenen Stelleninhaberinnen im Tarifbereich sind teilzeitbeschäftigte Kolleginnen.

Trotz aller Konsolidierungszwänge und ihrer logischen Auswirkungen auf den Personaletat sollte es aber Ihnen und mir in unserer Eigenschaft als Arbeitgeber auch künftig möglich bleiben, guten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zumindest ansatzweise finanzielle Perspektiven zu schaffen.

Angesichts der beschriebenen Reduzierung des Personalkörpers und der damit einhergehenden Leistungsverdichtung muss es meines Erachtens gelingen, die Stellen bei der Stadt Haltern am See so attraktiv zu gestalten, dass über die Ziele des Sanierungsplanes hinaus nicht noch zusätzliche Leistungsträgerinnen und Leistungsträger die Verwaltung verlassen, damit die Verwaltung zum Wohle der Stadt auch handlungsfähig bleibt

Folie 9:

Meine Damen und Herren, wer glaubt, durch Aufstellung und hoffentlich folgende Genehmigung unseres Haushaltssanierungsplanes sei alles wieder schön, befindet sich auf dem Holzweg. Die volle Handlungsfähigkeit erhalten wir erst wieder, wenn das Sanierungsziel, nämlich der Haushaltsausgleich 2021, erreicht wird. Aber immerhin rutschen wir, nach den heute vorgelegten Zahlen, nun doch nicht in die Überschuldung ab.

Zwar würden wir uns nach Genehmigung des

<p>Sanierungsplanes nicht mehr im Nothaushaltsrecht befinden, stehen aber dennoch hinsichtlich der Einhaltung des Planes unter der Aufsicht der Bezirksregierung.</p> <p>Dies bedeutet regelmäßige Berichtspflichten und umfangreiche Kontrollen durch Vorlage zahlreicher Unterlagen, z. B. der entsprechenden Satzungsbeschlüsse.</p> <p>Also von kommunaler Selbstverwaltung im ursprünglichen Sinne keine Spur!</p> <p>Freiherr vom Stein, meine Damen und Herren, würde sich im Grab umdrehen!</p> <p>Die Erfahrungen unserer Nachbarstädte, die unter Stufe I des Stärkungspaktes fallen, zeigen, dass die Genehmigung der Haushaltssanierungspläne unter umfangreichen Nebenbestimmungen, Auflagen und Hinweisen erfolgt.</p> <p>Beispielsweise dürfen über das definierte Konsolidierungsziel hinausgehende, kurzfristige Haushaltsverbesserungen ausschließlich zur Verringerung des negativen Jahresergebnisses eingesetzt werden.</p> <p>Die im Sanierungsplan enthaltenen Maßnahmen sind verbindlich umzusetzen. Die Streichung einzelner Maßnahmen darf nur bei gleichzeitiger Kompensation durch eine andere Maßnahme erfolgen, und dies alles muss mit der Bezirksregierung abgestimmt werden.</p> <p><u>Folie 10:</u></p> <p>Meine Damen und Herren, am 28.09.2012 wurde unser Sanierungsplan der Bezirksregierung übergeben.</p> <p>Die Konsolidierungshilfe für 2012 in Höhe von rund 728.000 € ist am 08.10. auf unserem Konto eingegangen.</p> <p>Geehrte Ratsmitglieder, wir haben also unsere Hausaufgaben gemacht, unser seriös erarbeiteter Sanierungsplan steht, die erste Fortschreibung ist bereits im Dezember fällig. Da sie Bestandteil des Haushaltsplanes ist, wird sie Ihnen heute bereits im Anlagenband vorgelegt.</p> <p>Wir, meine Damen und Herren, sanieren also unsere Finanzen, muten unseren Bürgerinnen und Bürger schmerzhaft Einschnitte zu.</p> <p>Und die Arbeit ist ja mit Erstellung und Beschluss</p>	<p>Auswirkungen der Genehmigung des HSP auf Haushalt</p>
---	--

des Sanierungsplanes nicht getan.
Vielmehr müssen jetzt quasi die Taten folgen, und auch der exakteste Plan hält bei der Umsetzung immer Unwägbarkeiten bereit und wird sich ständig an neue Gegebenheiten flexibel anpassen müssen. Wir haben unseren Sanierungsplan sorgfältig erstellt.
Zusammengetan haben wir uns dabei mit der Gemeindeprüfanstalt, einer Einrichtung also, deren ureigenste Aufgabe darin besteht, uns zu kontrollieren und zu bewerten und ihre Finger in unsere Wunden zu legen. Ich denke, besser und seriöser kann man es nicht machen.
Die Zusammenarbeit hat sehr gut geklappt, ein ordentlicher Sanierungsplan ist dabei herausgekommen.
Ein Sanierungsplan, bei dem wir – und wir hoffen, die Bezirksregierung sieht das genauso -mit Recht davon ausgehen können, dass er funktioniert, WENN... Ja, wenn nicht von außen konterkariert wird, was wir mühsam erarbeitet haben.

Unser banger Blick wird sich mehr denn je auf die Umlageverbände richten.
Falls Kreis, der LWL oder der RVR die Umlagen erhöhen, sind all unsere Bemühungen umsonst und unser Sanierungsplan fliegt uns um die Ohren. Trotz der Erhöhung der Steuern, Gebühren, Optimierung von Schulstandorten und Konsolidierungen in Musikschule und Bücherei kämen wir doch keinen Schritt weiter, weil alles drauf ginge für eine Umlageerhöhung, auf die wir keinerlei Einfluss nehmen könnten.
Das könnten wir keinem Bürger erklären.

In der letzten Ratssitzung haben wir eine gemeinsame Resolution mit der Forderung verabschiedet, die Umlageverbände in die kommunalen Sanierungsmaßnahmen einzubeziehen.
Erfreulicherweise hat die Kreisverwaltung Recklinghausen bekannt gegeben, die Umlage 2013 nicht zu erhöhen.
Der RVR hingegen erhöht seine Umlage um 1,5 %, für uns sind das rund 3.500 €. Solidarisch wäre es mal gewesen, nicht nur auf diese Erhöhung zu verzichten, sondern die Umlage vielmehr zu reduzieren.
Aber wovon träume ich eigentlich nachts?

Folie 11:

Drohende Umlageerhöhungen
= Gefahr für HSP

Nicht nur Umlageerhöhungen können unseren Sanierungsplan zunichte machen.
Eine weitere Gefahr sind Aufgaben, die uns über die Bundes- oder Landesebene ohne ausreichende Finanzierung aufgedrückt werden.

Ein gravierendes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit ist das Thema Asylbewerber. Sie alle haben die aktuelle Diskussion über den Anstieg der Asylbewerberzahlen vor Augen.

Es gehört zur Wahrheit dazu festzustellen, dass es sich bei einem ganz großen Teil dieses Personenkreises um Menschen aus Serbien und Mazedonien handelt, die schlicht und einfach die Abschaffung der Visumpflicht genutzt haben, um bei uns einreisen zu können.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Wir weisen seit 2 Jahren die zuständigen Stellen in Berlin und Düsseldorf auf diesen Umstand hin und haben Ihnen die entsprechenden Schriftwechsel auch immer zur Kenntnis gegeben.

Passiert ist nichts, außer unserer immer stärker werdenden Haushaltsbelastung, die 350.000 € ausmacht. Erst jetzt, nachdem die Berichterstattung in den Medien kernige Sätze gern aufgreift, äußern sich der Landesinnenminister und der Bundesminister.

Selbst der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Hartmann, mahnt – ich zitiere aus der WAZ vom 13. Oktober d. J. – „ein hartes Durchgreifen gegen Asylbewerber an, die nicht aus echter Not nach Deutschland kämen.“

Herr Hartmann fordert übrigens auch den Bund auf, die steigenden Kosten nicht allein den Kommunen und den Ländern zu überlassen. Es handele sich schließlich um eine nationale Verpflichtung, Menschen, die Asyl begehren, auch so auszustatten, dass sie die unterste Grenze des Existenzminimums erreichen.

Auch soweit ein Zitat von Herrn Hartmann.

Übertragung neuer Aufgaben
= Gefahr für HSP

Asylbewerber

In Wahrheit können wir Kommunen jetzt nicht nur die Kosten tragen, nein, zur Krönung des Ganzen wird uns jetzt von den Regierenden auch noch das übliche Schwarze-Peter-Spiel vorgeführt, natürlich in der Hoffnung, dass in nächster Zukunft ein anderes Thema die Schlagzeilen beherrschen wird.

Ich wage noch die Prophezeiung, dass auf Bundesebene die beiden großen Volksparteien – die Grünen halten sich bei dem Thema ja insgesamt bedeckt – irgendwann den Außenminister auffordern werden, jetzt doch endlich im Interesse der Kommunen auf der europäischen Ebene die Wiedereinführung der Visumpflicht zu fordern. Und der Außenminister wird dann staatstragend feststellen, dass das leider nicht mehr geht.

Ich bleibe dabei: Es ist eine Unverschämtheit, uns mit diesen Kosten alleine zu lassen. Es handelt sich hierbei eindeutig um eine staatliche Aufgabe.

Eine ähnliche Vorgehensweise steht nun auch beim Thema Inklusion zu befürchten. Natürlich ist Inklusion eine wichtige Sache, das steht doch völlig außer Frage. Es ist nur zu so, dass wir sie nicht bezahlen können.

Aber das sollen wir wohl tun, denn laut erstem Gesetzentwurf des Landes entsteht keine wesentliche, vom Land finanziell auszugleichende Mehrbelastung der Gemeinden im Sinne des Konnexitätsausführungsgesetzes, weil angeblich keine neuen Aufgaben übertragen werden.

In NRW gebe es nämlich bereits eine langjährige Tradition gemeinsamen Lernens von Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderung. Außerdem sei ja keine gesetzliche Regelung verbindlicher Standards vorgesehen.

Also für mich ist das auch wieder Schwarzer Peter.

Also gibt es auch in diesem Fall kein Geld vom Land für die neue Aufgabe. Wir werden wie so oft – so scheint es jedenfalls - finanziell ausgetrickst.

Dass die Bundesrepublik Deutschland sich in

Inklusion

Wirklichkeit über außenpolitisch initiierte, völkerrechtliche Bindungen einem kompletten Richtungswechsel in der Integrations- und Förderschulpolitik für bestimmte Schülerinnen und Schüler unterzieht, fällt dabei völlig unter den Tisch.

Was das kosten wird, kann noch kein Mensch abschätzen. Was ich Ihnen aber sagen kann ist, dass wir keinen Euro zusätzlich zu unserer bisherigen Praxis veranschlagt haben. Sollte das Land sich mit seiner Auffassung durchsetzen, sehe ich dafür keinerlei Möglichkeiten der Refinanzierung.

Und damit bin ich beim nächsten Thema: der U3-Betreuung.

Im laufenden Kindergartenjahr bezuschussen wir allein die U3-Plätze mit rd. 570.000 €. Auch hier von richtiger Konnexität keine Spur.

Das müssen wir zahlen, und keiner weiß, ob unsere Bedarfsprognosen ausreichend sind. Wir erreichen im laufenden Kindergartenjahr bereits eine U3-Versorgung von 34 %, im nächsten Jahr werden wir die 35 %-Marke erreichen. Es wird allgemein davon ausgegangen, dass eine Versorgungsquote von 35 % ausreicht, um den Rechtsanspruch auf einen Platz zu erfüllen.

Es ist immer wieder so: Wir stehen – ich habe das vor 10 Jahren schon gesagt und es hat sich am System leider überhaupt nichts verändert – immer noch am Ende der finanzwirtschaftlichen Nahrungskette.

Unsere Aufgabe besteht darin, alle Gesetze anzuwenden und vor Ort für den finanziellen Raubbau, der uns dadurch auferlegt wird, den Kopf hinzuhalten.

Liebe Landesregierung, liebe Bundesregierung, wann verschrotten Sie endlich dieses für uns nicht nachzuvollziehende System der Gemeindefinanzierung?

Folie 12:

Meine Damen und Herren,
mein ganz besonderer Dank für die Aufstellung des Haushaltsplanes gilt den Kolleginnen und Kollegen der Finanzverwaltung.

Nach der enormen Belastung durch die Aufstellung

U3-Betreuung

des Sanierungsplanes, musste der Haushalt 2013 aufgrund der Vorgabe der Bezirksregierung unter enormem Zeitdruck erfolgen.

Der Stärkungspakt Stadtfinanzen hat unsere finanziellen Sorgen nicht schwinden lassen. Auch nach Erreichung des Zieles, nämlich eines ausgeglichenen Haushaltes ohne Konsolidierungshilfe im Jahr 2021 und Abwendung der Überschuldung, schieben wir immer noch einen riesigen Schuldenberg vor uns her.

Dieser Stärkungspakt Stadtfinanzen ist sicherlich ein erster Schritt zur Sanierung der Kommunalfinanzen. Mehr aber auch nicht. Es muss endlich von Bund und Land damit aufgehört werden, hier und da ein bisschen an unseren Finanzproblemen herumzudoktern und sich dafür auf die Schultern zu klopfen.

Ich bleibe dabei: Die kommunale Finanzkrise muss endlich Querschnittaufgabe von Bund **und** Land werden!

Die kommunale Selbstverwaltung wird gerne und meiner Meinung nach völlig zutreffend als Keimzelle der Demokratie bezeichnet. Eine Keimzelle darf man nicht ausbluten lassen.

Man sollte sie vielmehr endlich hegen und pflegen. Vielleicht kommt Freiherr vom Stein dann endlich wirklich zur Ruhe!

Vielen Dank.

--	--